



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/178

3. August 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur neuen Situation im Polizeiwesen	S.1
"Johnson's Pearl Harbour"? -Die Angriffe gegen den US-Verteidigungsmin.-	S.3
Die Lage der Deutschen in Polen	S.4
Pieck wurde nicht katholisch	S.6

Bereitschaftspolizei der Länder

-off, Nachdem jetzt von der Hohen Kommission die seinerzeit ausgesprochene Suspendierung des Artikels 91 des Grundgesetzes aufgehoben wurde, ergibt sich die Frage der zweckmässigen Organisation jener Polizeiformationen, die bei Anwendung des Artikels 91 der Bundesregierung zur Verfügung stehen können. Naheliegend war die Wiedereinrichtung der Grenzpolizeien in allen Bundesländern, nachdem hierfür die Bundeskompetenz gegeben ist und der dem Bundesfinanzminister unterstellte Zollgrenzschutz weder personell noch sachlich den gestellten Anforderungen gerecht wird.

Die Hohe Kommission hat nunmehr in Abänderung ihrer Anweisungen vom 21.9.49 die Aufstellung von Landespolizeibereitschaften in Stärke von zusätzlich 10 Prozent der vorhandenen allgemeinen Polizei gestattet, während bisher nur eine unterhalb der Landesebene dezentralisierte Polizei (franz. Zone ausgenommen) genehmigt war. Nicht vorgesehen ist die Aufstellung einer Bundespolizeitruppe, was mit dem Grundgesetz auch nicht vereinbar wäre.

Zu überprüfen ist, ob die Errichtung einer kleinen Bundeshauptstadtpolizei nicht ein bedenklicher Einbruch nach der anderen Richtung wäre. Wie immer man sich dazu stellen mag, so ist der von

der Bundesregierung gewählte Vorwand, die Polizei Nordrhein-Westfalens habe versagt, als sie den Demonstrationsmarsch der Flüchtlinge nach Bonn und die sogenannte Sternfahrt der gegen die Benzinpreiserhöhung protestierenden Autobesitzer nicht unterband, entschieden zurückzuweisen. Von einem sozialdemokratischen Innenminister soll man nicht verlangen, dass er das im Grundgesetz verbürgte Recht auf friedliche Demonstration mißachtet. Es gibt wirklich bessere Argumente für eine Bundespolizei.

Wenn die Länder jetzt von der Möglichkeit der Errichtung von Bereitschaftspolizeien Gebrauch machen sollten - und sowohl die politische Situation, als auch der weiterhin dezentral verbleibende Aufbau der allgemeinen Polizei lassen es ratsam erscheinen - wäre jedoch streng darauf zu achten, dass der polizeiliche Charakter dieser Formationen gewahrt bleibt und uns nicht, wie 1935 mit dem Uniformwechsel der damaligen Landespolizei, eine Wehrmacht daraus entsteht.

Daher kommt der Frage der Verteilung der Befehlskompetenzen eine grosse Bedeutung zu. Man sollte von Anbeginn den Dienst und die unmittelbare Unterstellung so einteilen, dass in dem Umfange und Tempo, wie die Ergänzung der allgemeinen Polizei es zulässt, der reibungslose Übergang erfolgen kann. Der Bereitschaftspolizist sollte also während seiner Dienstzeit weitestgehend im ordentlichen Polizeidienst eingesetzt werden und in diesem Dienst dem Chef (Präsidenten) der örtlichen Polizei unterstehen. Man muss auf einen Notstand vorbereitet sein, aber man braucht nicht 10.000 Mann, deren ausschliessliche Aufgabe darin besteht, auf den Tag X zu warten. Die Bereitschaften sollten wegen ihrer grösseren Beweglichkeit lediglich eine Ergänzung der mit 100.000 Mann recht ansehnlichen Stadt- und Bezirkspolizeien sein und nur beim evtl. notwendigen übergebietlichen Einsatz den Charakter der zentralen Polizeieinheit tragen.

"Johnson's Pearl Harbour"?

-f. Die Brüder Joseph und Stewart Alsop, die zu den gewichtigsten Kommentatoren der Vereinigten Staaten gehören, erleben in diesen trüben Tagen von Korea bestürzende Triumphe ihres langen Kampfes gegen den amerikanischen Verteidigungsminister Louis A. Johnson. Angesichts der militärisch begreiflichen, dennoch nicht minder politisch gefährlichen amerikanischen Niederlagen gegen die Nordkoreaner fordern sie heute in kaum verhüllter Form den Rücktritt des Ministers. Seiner Sparpolitik vor allem auf dem Gebiete der Panzerwaffe und der Marinetruppen schreiben sie nicht nur die Niederlage, sondern "die Verkrüppelung der nationalen Stärke Amerikas" und den nordkoreanischen Angriff überhaupt zu. "Die Modernisierung der Panzerwaffe war einer der ersten Punkte, die - bereits im März 1949 - der 'Johnson'schen Sparsamkeit' zum Opfer fiel. Aus diesem Grunde haben wir keine Panzer, buchstäblich keine Panzer, die an der Front die russischen schlagen können".

Die "New York Times" brachte vor ein paar Tagen in Bild und statistischen Angaben die im Koreakrieg eingesetzten Hauptpanzertypen feinsäuberlich gegenübergestellt: den amerikanischen Panzer vom Typ "General Patton" dem "Josef Stalin III", den "General Pershing" dem "T 44", den General Sherman dem "T 34". Die Gegenüberstellung kann nicht ohne weiteres als Beweis für die Behauptung der Brüder Alsop gewertet werden, denn auf dem Papier ist nur der "Patton" ganz offensichtlich dem "Stalin III" unterlegen. Es ist natürlich eine andere Frage, wie es mit der in Korea zur Verfügung stehenden Zahl an Panzern steht. Wie dem auch sei, es scheint uns eine unzulässige Überspitzung zu sein, die Schuld an dem bisherigen Desaster in Korea allein bei Johnson zu suchen und daraus folgende pointierte Schlußfolgerung zu ziehen: "Die Frage ist, ob ein Verteidigungsminister, der einer so kostspieligen Belehrung bedurfte, um die Notwendigkeit einer ernstesten Anstrengung für die Verteidigung zu begreifen, der richtige Mann ist, diese Anstrengung in einer Gefahrenzeit zu leiten, die mindestens so gross ist wie die, vor der wir am 7. Dezember 1941 - dem Tag von Pearl Harbour - standen".

Man mag den Privatkrieg der Alsops gegen Johnson als eine inneramerikanische Angelegenheit betrachten, die uns nur am Rande interessiert. Aber was dahinter zum Greifen deutlich sichtbar wird, ist die Dämmerung der Erkenntnis, dass Washington die schweren und ge-

fährlichen Folgen der romantischen Versöhnungspolitik Roosevelts gegenüber dem "good old Joe" Stalin einzusehen beginnt, deren letzte Reste erst seit dem Koreakonflikt verschwunden sind. Die ungeheure Macht Roosevelts über die politische Phantasie seines Volkes hat die amerikanische Politik noch Jahre nach seinem Tode bestimmt, als die Voraussetzungen dafür sich längst entscheidend geändert hatten. Noch heute ist sie gross genug, um eine ernste Auseinandersetzung über das Für und Wider Roosevelts fast unmöglich zu machen. In den zum Teil hitzigen amerikanischen Kontroversen um den Koreakonflikt verbietet das Gedächtnis an dem fraglos grossen Mann noch fast jede Anspielung auf die unheilvollen Folgen seiner völligen Blindheit gegenüber dem Kreml.

Der Koreakrieg hat für den Kreml trotz und wegen der leichten Siege den entscheidenden Nachteil, dass er dem mächtigen Amerika den alarmierend schlechten Stand seiner Verteidigungsmittel handgreiflich klargemacht hat. Dass dies im Fernen Osten und nicht erst im europäischen Raum deutlich geworden ist, wo die Folgen unabsehbar gewesen wären, ist für den ganzen Westen, nicht nur für die unmittelbar Bedrohten, ein grosses Plus.

- - -

Die Lage der Deutschen in Polen

O.H. Das polnische Parlament hat kürzlich ein Gesetz verabschiedet, demzufolge alle bisherigen Beschränkungen und Massnahmen gegenüber denjenigen in Polen lebenden Personen aufgehoben werden, die sich während der deutschen Besetzung in die sogenannte Deutsche Volksliste eintragen liessen. Zur Begründung dieses Schrittes führte die polnische Regierung aus, "dass sich der grösste Teil des betreffenden Personenkreises inzwischen ehrlich um den Wiederaufbau des Landes bemüht hat und die politische sowie die wirtschaftliche Konsolidierung der Volksmacht eine Aufrechterhaltung derartiger Beschränkungen nicht länger notwendig macht. Laufende Verfahren sollen niedergeschlagen, zur Zeit verbüsste Strafen erlassen werden, mit Ausnahme von Fällen von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Landesverrat".

Damit findet mehr als fünf Jahre nach Kriegsende eines der schaurigsten Kapitel staatlich verfügter Rache- und Vergeltungsmaßnahmen gegen eine deutsche Volksgruppe offiziell ihren Abschluss, deren Angehörige die Deutsche Volksliste seinerzeit nur angenommen hat-

ten, weil es einfach nicht möglich war, sich als deutscher Volksangehöriger dieser Maßnahme der deutschen Besatzungsbehörden zu entziehen. Der Beschluß des polnischen Sejm bedeutet zugleich eine Aufhebung der Bestimmungen der Verordnungen der polnischen Regierung vom 13. September 1946 und vom 10. April 1947, denen zufolge alle Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft ausgeschlossen wurden. Diese Verordnungen waren nichts anderes als die staatliche Sanktionierung aller seit dem Zusammenbruch begangenen furchtbaren Untaten an der deutschen Minderheit in Polen. Erst im Laufe des Jahres 1949 trat langsam eine Besserung ein. Das nunmehr beschlossene Gesetz bedeutet aber nicht, dass den Deutschen auch kulturelle Rechte zugestanden werden. Sie dürfen nach wie vor öffentlich nicht deutsch miteinander sprechen, es darf kein deutscher Schulunterricht erteilt werden, ebenso wie auch keine Gottesdienste in deutscher Sprache abgehalten werden dürfen. Desgleichen blieb bis jetzt die Beschlagnahme des größten Teiles der evangelischen Kirchen aufrechterhalten, ebenso wie den Deutschen ihr Besitz nicht wieder zurückgegeben wird.

Viel haben die Deutschen in Polen noch unter den Übergriffen der unteren Organe zu leiden. Insbesondere tritt das bei ihren Bemühungen um die Ausreise nach Deutschland zutage. Immer wieder kommen Klagen, dass Zuzugsgenehmigungen, die den Deutschen in Polen von ihren Angehörigen aus Deutschland zugesandt werden, sie nicht erreichen. Es erweist sich, dass die Zuzugsgenehmigungen vielfach von den unteren polnischen Stellen oder auch von den Arbeitgebern, die die billigen deutschen Arbeitskräfte nicht verlieren wollen, einfach unterschlagen werden.

Noch eine Ungeheuerlichkeit besteht in Polen weiter: Tausende von Deutschen schmachten nach wie vor in den polnischen Gefängnissen und Zuchthäusern, die in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch von 1945 zumeist aufgrund ganz vager Beschuldigungen und ohne die Möglichkeit einer juristisch üblichen Verteidigung zu jahrelangen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Auch dagegen muss unermüdlich Einspruch erhoben werden.

- - -

Pieck wurde nicht katholisch

Im Berliner "Kurier" lesen wir:

"Vor dem Portal der katholischen Kirche formiert sich eine fromme Prozession. Frauen mit ernsten, gläubigen Augen, schlichte Arbeiter, die über ihrer Hände Werk den lieben Gott nicht vergessen haben, ein altes Mütterchen, dessen durchfurchtes Antlitz von einem fast schon überirdischen Glanz verklärt ist und das ein dickes Goldschnitt-Gebetbuch und einen langen Rosenkranz trägt. An der Spitze ein ehrwürdiger Priester, leise Gebete marmelnd.

In diesem Augenblick biegt um die Ecke eine andere Prozession. Achterreihen, zackiger Gleichschritt, rote Fahnen und Transparente: "Kampf den anglo-amerikanischen Kriegshetzern!", "Hände weg von Korea!", "Fort mit dem Dollarimperialismus", "Ächtet die Atombombe!" Und siehe, trutziger schauen die Gläubigen drein, der verklärte Blick des Mütterchens heftet sich an die "Friedens"-Parolen, und - mit dem ehrwürdigen Priester an der Spitze - schliesst sich der Zug der frommen Kirchgänger spontan den kommunistischen Demonstranten an.

Was, zum Teufel, geht hier vor, fragt sich der harmlose Zuschauer. Hat der Papst das Exkommunizierungsdekret gegen die Kommunisten zurückgezogen? Ist Dertinger nach Rom abgereist, um mit dem Vatikan ein Konkordat zu schliessen? Wird die Bekehrung Wilhelm Piecks zur alleinseligmachenden Kirche gefeiert oder Walter Ulbrichts Eintritt in den Jesuitenorden festlich begangen? Hat Stalin den Kardinal Praysing zum Patriarchen des heiligen Russland ernannt oder hat der Bischof die "Ächtung der Atombombe" unterschrieben?

Film-

Da fällt der Blick auf eine sehr weltliche Kamera, auf Scheinwerfer und Aufnahmewagen, man erkundigt sich und bekommt Bescheid. Nein, Pieck wurde nicht katholisch. Nur die "frommen" Frauen, das "verklärte" Mütterchen und der freilich nicht ganz echt gekleidete "Geistliche" sind für fünfzehn Ostmark als Statisten auf ein Viertelstündchen zum römischen Glauben "übergetreten", um der sowjetisch lizenzierten DEFA-Wochenschau "Der Augenzeuge" Gelegenheit zu geben, das Bündnis der "revolutionären Arbeiterklasse" mit den "fortschrittlichen Christen" zu filmen. So geschehen in Oberschöneweide.

Der wirkliche Pfarrer dieser Gemeinde dürfte allerdings noch Schwierigkeiten haben, weil er sich weigerte, die Kirchentür zu öffnen. Viele Augen waren auch hiervon Zeuge, nur der "Augenzeuge" nicht."

Verantwortlich: Peter Raunau